

Das Volkblatt
erschienen jeden Freitag
Kostunglos. Der monatliche
Bezugspreis
betragt 70 Pf. frei im Haus.
Durch die Post geschickt
70 Pf. ohne Verrechnung
von 1/20 des Abonnementpreises.
Die Neue Welt
kostenlos erscheinende
Wochenzeitung.
Bestellungspreis monatlich
10 Pf.
Schriftleitung:
Post 40/44, Berlin-Friedrichshagen
1-11. März 1916.



Die Anzeigengebühr
betragt für die 46 mm breite
Zeilenbreite od. deren Raum
10 Pf. Anzeigen unter
100 Zeilen 75 Pf.
Anzeigen
für die 46 mm breite Zeilenbreite
betragen 10 Pf. Anzeigen unter
100 Zeilen 75 Pf. Anzeigen unter
100 Zeilen 75 Pf.
Anzeigen
für die 46 mm breite Zeilenbreite
betragen 10 Pf. Anzeigen unter
100 Zeilen 75 Pf. Anzeigen unter
100 Zeilen 75 Pf.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 11. Februar 1916. (W. L. B.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Nordwärts von Vimy machten die Franzosen nach Hunderten Artilleriewerkschüssen den Versuch, die dort verlorenen Höhen wiederzugewinnen. Ihre Angriffe schlugen sämtlich fehl. Auch südlich der Somme konnten sie nicht von der verlorenen Stellung wiedergewinnen. An der Maas und in der Champagne bestanden die letzten Artilleriekämpfe. Einer unserer Kavallerieabteilungen ist sich unbemannt los und trieb bei Raish über die feindlichen Linien ab.
Ostlicher Kriegsschauplatz.
Nördlich des Dnjubajats-See wurde der Vorstoß einer harkener russischen Abteilung abgewiesen.
Englischer Kreuzer versenkt.
Berlin, 11. Februar. (W. L. B.) In der Nacht vom 10. zum 11. Februar trafen bei einem Torpedobootangriff unsere Boote auf der Doggerbank etwa 120 Seemeilen östlich der englischen Küste auf mehrere englische Kreuzer, die alsbald die Flucht ergriffen. Unsere Boote nahmen die Verfolgung auf, versenkten den neuen Kreuzer Arabis und ergrieffen einen Torpedobootangriff auf einen zweiten Kreuzer. Durch einen Torpedobootangriff wurden der Kommandant der Arabis, ferner 2 Offiziere und 21 Mann getötet. Unsere Streitmacht hat feinerlei Beschädigung oder Verluste erlitten. Der Admiralitäts-

Verschärfter Seehandelskrieg

Deutsche Denkschrift über die Behandlung bewaffneter feindlicher Handelsschiffe.
Die Nordd. Allg. Ztg. veröffentlichte am Donnerstagabend die Denkschrift, die die deutsche Regierung den Vertretern der neutralen Mächte in Berlin überreicht hat. Es wird betont, daß schon vor Ausbruch des Krieges die englische Regierung die Norddeutschen verlangt habe, ihre Handelsschiffe zu bewaffnen. Die deutsche Regierung hat ihren Standpunkt hierzu dahin zusammengefaßt, daß diese Bewaffnung völlerer als nötig sei, wenn sie auch die Bewaffnung eines solchen Schiffes als Braten, sondern als Kriegsschiffes betrachten. Es werden dann eine Anzahl englischer Offizierschiffe abgedeutet, auf denen sich ergibt, daß diese bewaffneten englischen Handelsschiffe mit Mannschaften der englischen Kriegsmarine besetzt sind, die von den Schiffsgesellschaften als Matrosen angeheuert werden. Eines der vertraulichen Schriftstücke enthält die Anweisung an die Kapitäne der Handelsschiffe, feindliche Umlaufboote auch dann anzugreifen, wenn diese feinerlei feindliche Handlung gegen das Schiff unternommen haben. — Die Schriftstücke tragen meist den Vermerk: „Unter keinen Umständen darf dieses Schriftstück in die Hände des Feindes fallen.“ Bescheidend ist, daß ausdrücklich empfohlen wird, beim Anlaufen neutraler, namentlich spanischer Schiffe, die Bewaffnung unter Segel zu verbergen. — Die Veröffentlichung dieser Schriftstücke über die englische Seepolitik wird wohl besonders im neutralen Ausland Aufsehen erregen.

richtige Wunsch besteht, auf einer Uebereinstimmung zu gelangen, wie er bei der deutschen Regierung und bei dem deutschen Volke vorhanden ist, kann wird es keinen Zweck geben.“
Die Köln. Zig. sagt zu der Unterbrechung des Berichterstatters v. Wiegand mit dem Reichsfahrer u. a.: Die obigen Nachrichten werden vom deutschen Volke mit einem Gefühl der Enttäuschung aufgenommen werden. Der Reichsfahrer hat mit einem Ernst und einer Entschiedenheit, für die ihm das deutsche Volk dankbar ist, der amerikanischen Öffentlichkeit mitgeteilt, daß Deutschland die Benennung der Lusitania nicht als geächtet beschreiben und damit seinem ganzen Laubhüttrig das Urteil sprechen kann.
Nach seine Meinung. Die gestrige Meldung, daß eine Uebereinstimmung mit Amerika erzielt sei, ist noch nicht bestätigt. In dem von den amerikanischen Mächten veröffentlichten Nachdruck wird erklärt, daß die deutschen Bedingungen im wesentlichen angenommen wurden. W. L. Z. sagt dazu: In Berlin amerikanischen Stellen liegt eine Festlegung dieser Bewaffnung nicht vor.

Wer ist bankrott?

Von L. Marton.
I.
Der bekannte russische Genosse veröffentlicht in der in Berlin erscheinenden Stimme der russischen Studenten folgenden Artikel:
Die Tatsache, daß ein allgemeines Weltgefühl sich im 19. Jahrhundert möglich erwies, und daß die am weitesten vorgeschrittenen Kulturstaaten ihre Existenz aufs Spiel setzen konnten, mußte auf die Bemühterfassung der europäischen Intelligenz niedererschütternd wirken. Alle Anschauungen und Uebereinigungen, von denen das europäische Geschlecht der letzten Generationen lebte, sind durch diesen Weltkrieg geistige Kräfte, wie sie die Weltgeschichte schon lange nicht gekannt, wird die übrigen, durch den Krieg herausbefreierten Kräfte begleiten.
Unter den durch den Krieg erschütterten Uebereinigungen und Dogmen nimmt die Uebereinstimmung der historischen Begründlichkeit der jetzigen Gesellschaftsordnung und deren mehr oder weniger natürl. Ende nicht die letzte Stelle ein. Man mußte eine revolutionäre Sozialist oder Anarchist sein, um nicht nur die Möglichkeit des Bestehens dieser Gesellschaftsordnung durch eine anders geordnete, sondern auch die Möglichkeit dieser Gesellschaftsordnung in historisch-fortschreitender Zeit anzuzweifeln. Viel mehr, denn der Sozialismus und seine Ableiten vollkommene Gleichheit, ja sogar feindlich gegenüberstehenden. Satten sich bereits mit dem Gedanken ausgehört, daß das Regime der privatwirtschaftlichen Initiative, des Klassenkampfes und der gesellschaftlichen Hierarchie seiner unermesslichen Verheerung entgegenstehe.
Der Krieg hat diesen Uebereinigungen und Erwartungen, die in den vorerwähnten Kreisen der Intelligenz bereits die „Rechtigkeit eines Vorurteils“ erworben hatten, einen Schlag versetzt. Nicht nur dadurch, daß er die Träger der sozialistischen Idee ohnmächtig gezeigt hat, den Gang der Ereignisse vor dem Augenblick der größten geschichtlichen Katastrophe zu machen, sondern mehr noch dadurch, daß er die unerwartete Macht neuer älterer Kräfte über die Geister demonstrierte, gegen die der Sozialismus angeknüpft hatte.
Die in Massen erschütterte und von neuen wirtschaftlichen Aufgaben untermietete, moderne kapitalistische Gesellschaft, deren weitere Entwicklung sich als sehr ungewiss und unklar unterrang führte, erwies sich so lebenskräftig und zeigte eine solche Stärke des inneren Zusammenhaltens, daß die modernen, viel differenzierteren Völker sich mit denselben elementaren Leidenschaft und Einnütigkeit erheben konnten, wie irgendwelche in ihrer sozialen Zusammenfassung ungeschicklichen Schläme aus Zeit der Monarchie ihres geschichtlichen Bestehens. Der aber national-nationalen Zusammenhaltens vermochte eine einander gegenüberstehenden Klassen in der modernen Gesellschaft zu einem „Volk“ zusammenzufassen, von denen schon vor 75 Jahren der englische Staatsmann Disraeli sagte, sie entwickelten sich im Rahmen eines gesellschaftlichen Körpers zu vollkommen verschiedenen getrennten Nationen.
Die Idee des Nationalen und Völkergemeinschaftes, die durch das gewaltige Wachstum der internationalen Wirtschaftsverbindungen, den kosmopolitischen Charakter der gesamten materiellen und geistigen Kultur der modernen Völkerstände und vor allem durch den sich entwickelnden internationalen Verkehr, die von den internationalen Zusammenhalt der arbeitenden Massen (sowohl in ihren Vorkriegs unterhaltbar war, sich wiederum die Verhältnisse über die übererlebten Seelen der Intelligenz wie über die einfachen Seelen der Volksmassen an sich. Hierdurch erwies sich die weitausgehenden unbedingten Grenzen der geistigen Freiheit, und die Verweise: „Ein Volk ist kein anderes ein Volk“, sagt Millionen Menschen mehr als der Ruf: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“
Die Anhebung der bewaffneten Macht, der Kultus des Militarismus, der noch geltend nur als furchtbarer Zauber, als Leidenstempel an dem Körper der verarmten demokratischen Völkern, die von einem anderen, unterbrochen sich wieder alle anderen Kräfte der modernen Menschheit. Organen der Wissenschaft, Weiter des künstlerischen Schaffens, Tribunal des Volksgewissens — alle schmiedeten den Akt des Militarismus mit Blumen, die sie ihm darbrachten. Anatole France bettete wie um eine Grabsteine um die Grabsteine, eine seltsame Inschrift ansetzen zu dürfen: Schmalz und Dörmel, Verbrechen und Vergewaltigung priesen aber in feiner Art den „Befreiungskrieg“; Ludwig Franz ging mit einem Küssen auf den Lippen der feindlichen Kugel entgegen. Und über alle diese, scheinbar gesühnten und nun in neuem Hitzegrad leuchtenden Wunden erbebt sich ein unerbittlicher Weltgericht. Ein Volk ist kein anderes ein Volk, die geistlichen, in Atome zerfallenen Massen der Einzelwesen zu gewaltige Kollektivkörper zusammenschweißt, um sie zu einem unbekanntem geschichtlichen Schicksal zu führen. Die „staatliche Nationalität“, dieses eiserne, keine

Vericht des Österreichischen Generalstabes.

Wien, 10. Februar. Russischer Kriegsschauplatz. Der Feind entwickelte gestern in Wolhynien und an der ostpolnischen Front erhebliche Aktivitäten gegen unsere Vorposten. Bei der Armees des Erzherzogs Joseph Ferdinand führte er wiederholt und an verschiedenen Stellen Aufklärungs-Abteilungen bis zur Stärke eines Bataillons gegen unsere Infanterielinien vor. Es kam insbesondere im Abschnitt des oberösterreichischen Infanterieregiments Nr. 14 zu heftigen Stoßkämpfen um die völligen Vertreibung des Feindes erbeten. Bei einer besonders unglücklichen Verhinderung wurden etwa 200 russische Leuten getötet und viele Gefangene gemacht. Auch bei unseren Vorposten nordwestlich von Zarnobitz, in der Nacht von gestern auf heute erbittert gekämpft. Die Russen überfielen abermals die schon in einem der letzten Berichte angeführte Schanze, wurden jedoch durch einen Gegenangriff wieder vertrieben. An der beharrlichen Grenze warf kroatische Landwehr ein russisches Bataillon aus einer gut ausgebauten Position gegen die Hauptstellung zurück.

Neue Luftangriffe auf England.

Berlin, 10. Februar. — Amlich. Am Nachmittag des 11. Februar besetzten einige unserer Marineflugzeuge die Hafens- und Luftstationen sowie die Fabriken von Ramsgate (südlich der Thamesmündung) ausgiebig mit Bomben.
London, 9. Februar. Das Kriegsmittel teil mit: Um 3 Uhr 30 Minuten nachmittags näherten sich zwei deutsche Seeflugzeuge der Küste von Kent. Wenige Minuten später schickte die Luftwaffe in einem Hebe in der Höhe von Ramsgate nieder, vier Bombern nahe der Küste von Broadstairs. Von den letzteren sind drei explodiert. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezweifeln. Auch soll kein Schaden verursacht worden sein, außer einigen Fensterbeschäden.
London, 10. Februar. Nach einer amtlichen Meldung wurden bei dem gestern nachmittag auf die Küste unternommenen Luftangriff auf Ramsgate und Broadstairs vier Bomber abgeschossen. Eine Anzahl Marine- und Militärflugzeuge flogen zum Angriff auf die feindlichen Flugzeuge auf, die sich folglich zurückzogen. Von einem Luftkampf wird nichts gemeldet.

Deutsche Kriegspläne in englischer Darstellung.

Der militärische Mitarbeiter der Londoner Times beschäftigt sich mit den Möglichkeiten der deutschen Väter für den Beginn 1916. Er lautet darin, es befinden sich die Deutschen Angriff im Westen, der gegen Frankreich oder England gerichtet sein könnte. Bei Paris hätten die Deutschen bewiesen, daß die Linie der Verbündeten für sie nicht mehr unüberlebar sei, und mehrere deutsche Heerführer hätten ihnen Truppen gesagt, daß die Zeit für ihre Offensiven anbrechen werde, wenn sie nur Gehör hätten. Derselbe Mitarbeiter meint, es befindet die Möglichkeit für ein deutsches Vorgehen ähnlich dem im Jahre 1914, woran sich die deutsche See- und Luftflotte kräftig beteiligt habe. Es scheint dem Mitarbeiter aber auch möglich, daß die Deutschen einen furchtbaren Schlag im Norden vorbereiten, der gegen die britische Luftwaffe gerichteten. Derselbe Mitarbeiter meint, es befindet die Möglichkeit für ein deutsches Vorgehen ähnlich dem im Jahre 1914, woran sich die deutsche See- und Luftflotte kräftig beteiligt habe. Es scheint dem Mitarbeiter aber auch möglich, daß die Deutschen einen furchtbaren Schlag im Norden vorbereiten, der gegen die britische Luftwaffe gerichteten. Derselbe Mitarbeiter meint, es befindet die Möglichkeit für ein deutsches Vorgehen ähnlich dem im Jahre 1914, woran sich die deutsche See- und Luftflotte kräftig beteiligt habe. Es scheint dem Mitarbeiter aber auch möglich, daß die Deutschen einen furchtbaren Schlag im Norden vorbereiten, der gegen die britische Luftwaffe gerichteten.

Österreich schließt sich an!

Wien, 10. Februar. Das Ministerium des Äußeren hat an die diplomatischen Vertreter der neutralen Mächte eine Bitturkunde gerichtet, in der es u. a. über die bewaffneten britischen Handelsdampfer heißt: „In dem jetzigen Krieges gemeinsamen Erfahrungen zeigen, daß eine beträchtliche Zahl englischer Handelsschiffe von den Nord installierten Geschützen gegen feindliche Kriegsschiffe Gebrauch machen, und zwar nicht bloß in der Absicht, sich der legitimen Ausübung des Völkerrechtes zu entziehen, sondern auch um die feindlichen Kriegsschiffe anzugreifen, und zu vernichten.“ Wie aus der deutschen Denkschrift hervorgeht, hat man an Bord englischer Dampfer Anweisungen gefunden, welche beweisen, daß die britische Regierung selbst ihre Handelsschiffe zu illegalen Akten anstiftete und dies in vollem Widerspruch mit Zusageungen, die sie dem Staatsdepartement in Washington erteilte. Bei dieser Sachlage ergeht an die hierarchisch-militärischen Seestreitkräfte der Befehl, bereitete bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsführende zu behandeln, ein Befehl, der indes erst vom 30. Februar 1916 an zur Ausführung gelangen wird. Diese Streit wird im Interesse der neutralen Mächte erteilt, damit sie in die Lage kommen, ihre Angehörigen vor der Gefahr zu warnen, der sie sich aussetzen würden, wenn sie ihre Person oder ihr Gut bewaffneten Handelsschiffen der mit Ozeanriesenmann Kriegsführenden Staaten unterwerfen sowie auch die Interessen ihrer Angehörigen zu bedauerndigen, welche sich etwa bereits an Bord von Schiffen der vorerwähnten Art befinden.“

Der Reichstanzler zum U-Boot-Kriege.

Aus einer Unterbrechung des Berliner Berichterstatters der New York World mit dem deutschen Reichsfahrer bringt die Köln. Zig. einen Auszug, in dem es u. a. heißt: „Was Ihre Regierung verlangt, erklärte Herr v. Bethmann Hollweg, ist eine unbillige Demütigung. Ich will genaugen, um die letzten 120 Jahren bestanden, zu erhalten. Ich bin bereit getroffen und bleibe es, Amerika alles zuzugestehen, was Deutschland billigerweise in der Behauptung der Grundrechte der Gerechtigkeit und seiner Ehre zuzugestehen kann. Allein ich vermag einer Demütigung Deutschlands nicht zuzustimmen. Ich kann mich die Wut der Intereseochse nicht aus dem Land reißen lassen. Der Wortlaut der Note Lansing, erklärte er, habe ihm keinen anderen Weg gelassen als die Ablehnung. Er habe indessen das Vertrauen noch nicht verloren, daß der gesunde Menschenverstand die Oberhand über die Forderungen von Washington gewinnen werde. Dann sagte er u. a.: Wir kämpfen für unser Dasein. Wir wünschen nicht, mit Amerika in einen Krieg zu geraten. Wenn in Amerika derselbe auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160211-18/fragment/page=0001

zu, wonach die Wahlzeit für sämtliche jetzt der Bürgerchaft angehörige Mitglieder bis 1918 verlängert wird.

Kriegsgeheimnisekreterium in Stuttgart. Der Finanzminister hat den russischen Ministerat einen neuen Vorschlag über die Kriegsgeheimnisekreterium vorgelegt. Von der Befreiung sollen alle Personen und Gesellschaften betroffen werden, die 1917 ein höheres Einkommen als in den beiden vorhergehenden Jahren hatten.

Schönungsdämter und Stadtschafften.

Im preussischen Abgeordnetentage wurde die Debatte über diese beiden Gesehenswürdigkeiten fortgesetzt. Abg. Dr. Wanda (konf.) Der Abg. Kirch meinte, es handelte sich hier um einseitige Vergabe von öffentlichen Mitteln für einen einzelnen Zweck, der nicht verfehlt werden darf, dass die soziale Versicherungsübertragung des Reiches den Arbeitern weit größere Summen zum Geschenk gemacht worden sind, während es sich hier um rückzahlbare Darlehen handelt.

Abg. Dr. Brodmann (Ztr.) Irreführend einzelne Bestimmungen des Entwurfs über die Schönungsdämter. Ein großer Mangel des Gesetzes ist, dass die Gemeinde für falsche Schönungen der Vermieter nicht verantwortlich ist. Eine Versicherung gegenüber den Schönungen muß unbedingt eingeführt werden. Einen Eingriff in die Selbstverwaltung kann ich in dem gemeinsamen Schönungssamt für Groß-Berlin nicht erblicken.

Abg. Cremer (naaf.) Im Gegenzug zum Abg. Kirch behauptet ich, daß die Hausbesitzer in ihrer großen Mehrheit die sozialen Pflichten im Kriege erfüllt haben. Wir ist es unverständlich, wie die Sozialdemokraten auf diesen 10 Millionen für die Hausbesitzer Anfordern können angesichts der Millionen, die hier für die Arbeiterversicherung ausgegeben worden sind.

Abg. Dr. Frensd (freiw.) Im das große Ziel der möglichen Ausdehnung der unfähigsten Tätigkeitsämtern zu erreichen, ist die Einrichtung öffentlicher Schönungsdämter notwendig. Das Ziel der Stadtschafften ist, die Möglichkeit einer einzelnen Arbeitsvermittlung für den Arbeitslosen zu gewährleisten. Danach werden ich dann die anderen Arbeitsgeber werden müssen. Den Antrag dieses Hauses auf Förderung des städtischen Kreditbills befindet sich die Sozialdemokraten mit unterirdischen. Darin war es ganz unangebracht, daß gegen den Abg. Kirch ich nicht auszuweisen können, von einer Seite des Abgeordneten, die hier für die Arbeiterversicherung ausgesprochen hat.

Abg. Dr. Crüger (Wet.) Wenn die vorliegenden Gesetze nicht zustande kommen, so liegt die Schuld allein an der Regierung. Das Schönungsdämtergesetz ist in der Tat nur ein Rahmengesetz und die Begründung zum Stadtschafftengesetz ist äußerst mangelhaft. Das Wort „Stadtschafften“ paßt gar nicht auf das, was hier geschaffen werden soll. Die 10 Millionen sind natürlich nicht bestimmt, die Anpothekentreibereidmüsse zu betriebligen, sondern sie sollen lediglich dazu dienen, die Organisation der Stadtschafften zu ermöglichen. Die Einrichtungen, die gegen die Stadtschafften erhoben worden sind, sind gewiß berechtigt, aber es bleibt kein anderes Mittel übrig, dem Hausbesitzer zu helfen. Die Schönungsdämter müssen so schnell eingeführt werden, daß sie sofort nach Verwirklichung des Gesetzes in Wirksamkeit treten können, denn dann werden sie am notwendigsten sein. Die Minister der Innern hat gestern wieder einmal das hohe Lied der Selbstverwaltung anstimmt. Offenlich zieht er recht bald die Konsequenz daraus und hebt all die Beschränkungen auf, denen die Selbstverwaltung in den letzten Jahrzehnten unterworfen worden ist. (Zehr gut links.)

Abg. Braun (Soz.)

Das Verzeichnis der zehn Millionen Mark, die hier aus Staatsmitteln zu einem einzelnen Standes herbeigebracht werden sollen, mit den öffentlichen Mitteln, die für die Arbeiterversicherung aufgebracht werden, hat uns heute mehrfach entgegengefallen worden ist. Die geringen Summen, die aus allgemeinen Mitteln der Arbeiterversicherung zugute kommen, dienen lediglich dem Zweck, das Leben der Arbeiter, überhaupt ihre Existenz als Individuum, zu sichern, sie stellen lediglich eine andere Form der Armenpflege dar. Aber die Millionen, die hier aufgebracht werden sollen, dienen nicht dazu, die Existenz der einzelnen Hausbesitzer als Individuum aufrechtzuerhalten, sondern

ihre Existenz als Hausbesitzer.

also dazu, ihnen gewissermaßen eine arbeitslose Rentner-Existenz zu sichern (Zehr wahr! b. d. Soz.) Dazu aber, einer bestimmten Berufsgruppe eine arbeitslose Existenz zu sichern, sind Mittel der Allgemeinheit allerdings nach unserer Meinung nicht da. Das nur teilsweise zuzuerkennen, daß gewisse Kreise der Hausbesitzer sich in einer Notlage befinden, hat mein Kollege Kirch gestern schon ausgeführt. Entschieden bestreiten muß ich, daß die Notlage der Hausbesitzer auf bobertreformerische Bestrebungen zurückzuführen ist,

wie heute behauptet wurde. Gerade durch Umstand, daß nicht viele bobertreformerische Tendenzen in der Gesehgebung und den Maßnahmen der Gemeinden auf diesem Gebiete zur Geltung gekommen sind, sind die unglücklichen Verhältnisse auf diesem Gebiete gekommen. (Zehr richtig! b. d. Soz.) Man darf auch nicht verkennen, daß gerade die Hausbesitzer, die am meisten in Notlage sind, nur nominell Hausbesitzer sind, in der Tat aber lediglich Verwalter des Vermögens der reichen Hypothekengläubiger. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Will man diesen Hausbesitzern helfen, so sollte man sie von der Pflicht zur Zahlung von Hypothekenzinsen in dem Maße, wie sie Mietzufall haben, befreien. (Zehr richtig! b. d. Soz.) Die Aktion, wie sie hier geplant wird, kommt lediglich den reichen Hypothekengläubigern zugute, und dafür liegt doch kein Anlaß vor, Mittel der Allgemeinheit aufzubringen, damit nur die Großbankrentenrenten und ähnliche Kreise aus diesem Gebiete ohne jede materielle Schönung hervorgehen. (Zehr richtig! b. d. Soz.) während auf der anderen Seite niemand daran denkt, die Millionen, die durch den Krieg vermindert worden, so wiederherzustellen, daß ihnen jeder materielle Schaden ersetzt wird. (Zehr wahr! b. d. Soz.) Wenn es nicht gelingt, das Gesetz über die Stadtschafften so zu gestalten, daß es zumuten der Mieter, der Allgemeinheit ist, dann müssen wir dagegen stimmen. Das nur der Schönungsdämtergesetz hinsichtlich genehmigen, haben wir gestern schon erklärt. Wenn heute ausgeführt wurde, es ist nicht richtig, das freie Wollen des Privatkapitals einzudämmen durch Schönungsdämter, so sehen wir auf dem entgegengelegten Standpunkt, daß die heutigen unglücklichen Verhältnisse gerade auf das private Schönungsgewissen zurückzuführen sind und das es daher im Interesse der Allgemeinheit liegt, Maßnahmen zu treffen, um einer weiteren Verschärfung der Verhältnisse entgegenzutreten. (Beifall b. d. Soz.) Damit schließt die Debatte.

Abg. Kirch-Berlin (persönlich)

Es ist nicht richtig, daß ich die zehn Millionen als eine Liebesgabe an die Hausbesitzer bezeichnet habe. Ich habe lediglich gesagt, man müsse verhindern, daß die zehn Millionen wie eine Liebesgabe wirken. Der Abg. Frensd macht mir zum Vorwurf, daß ich im vorigen Jahre selbst für die Resolution gestimmt habe und heute ein Gesetz befürworte, durch dessen Einbringung die Regierung dem Beschlusse des Hauses Folge leistet hat. Das ist der Resolution zugestimmt habe, ich richtig. Aber der Abg. Frensd wird wissen, daß es sich um eine Kompromisslösung gehandelt hat, die nicht oberhalb Maßnahmen zur Erleichterung des städtischen Kreditbills, sondern auch Maßnahmen zum Bau von Kleinwohnungen zwecks Verhütung sozialer Notstände und Hebung des Bauerwerbes verlangt. Wenn der Abg. Frensd sich die Resolution genau ansieht, dann wird er mir zugucken müssen, daß ich mich in meinen geführten Ausführungen durchaus auf den Boden dieser Resolution gestellt habe.

Beide Gesetze werden an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 15. Februar. (Zweite Lesung des Etats, Etats des Staatsministeriums mit der allgemeinen Aussprache.)

Schluß gegen 7 Uhr.

Uns tägliche Brot.

Immer mehr verschwiegenes Getreide.

Die neuen Feststellungen über die Getreidebestände bringen täglich Ueberrasigungen. Für einige westfälisch-lippische Bezirke konnte in den letzten Tagen folgendes festgestellt werden: Im Verwaltungsamt 19. r. e. sind 20 000 Zentner Korn mehr vorhanden, als am 1. November angegeben war; im Kreise Pippardt 40 000 Zentner; im Kreise Warburg 104 000 Zentner. Die Deutsche Tageszeitung meint zu der Mitteilung aus dem Kreise Lipptadt, es können dort auf jeden Zentner unvorher 5 Zentner mehr, und das sei „nicht viel“, — eine solche Differenz könne schon vorkommen. Tatsächlich ist aber hervorzuheben, daß sich für jeden Bewohner des Kreises ein Zentner Brotgetreide mehr ergibt, und das ist etwas ganz anderes.

Herber trägt man die bisher für einzelne Bezirke festgestellten Zahlen auf das Reich, so kommen Summen heraus, die für die Gestaltung unserer Ernährung von wissenschaftlicher Bedeutung sind.

Das großanarische Organ, die Deutsche Tageszeitung macht für die überall festgestellte zu geringe Anprobe der Getreidebestände Verwunderungsbewunde. Sie meint: Verwunderlich wird gefacht, es seien vielfach von den Bauern Vorräte „verheimlicht“ oder „versteckt“ worden. Ich diese Behauptung keinesfalls zutrifft, kann nur durch genaue Untersuchung des einzelnen Falles entschieden und durch bestimmte Angaben die auf abschließliche Verheimlichung schließen lassen, glaubhaft gemacht werden. Das bei den Millionen landwirtschaftlicher

Vertriebe selbst Tausende von Fällen vorzukommen mögen, in denen die Verheimlichung der Vorräte durch die Frauen in der Garage um die Durchhaltung ihres Viehbestandes der Verjudung ergeben sind, einen Teil ihrer Vorräte zu verheimlichen, ist gewiß möglich; einer Gemeindegemeinde aber immer nur ganz bestimmte, auf amtliche Untersuchung gestützte Angaben über den einzelnen Fall zulassen. Solche Angaben jedoch liegen, mit Ausnahme einiger Mitteilungen über die Entziehung der Selbstversorgung bisher nicht vor.

Den Behörden wird der Rat erteilt, die Urheber der Verheimlichung über Verschönerung von Vorräten — strafrechtlich fallen zu lassen! Dabei muß die Landwirte (falls dann Verheimlichung werden würde) vielfach recht — scharf abstrafen konnten.

Stallhöchste Preise für Schweine.

Der Kölnische Zeitung wird aus Berlin gemeldet: Wie wir zuverlässig hören, wird der Bundesrat schon in einer der nächsten Sitzungen über die Festsetzung von Stallhöchsten Preisen für Schweine eine Beschlusse fassen.

Zu frühmorgens Szenen

Am 10. Mittwochs in Hannover vor dem dortigen Rathaus. Von der Stadt Hannover werden 21 1/2 Mark Leibesgaben. Anstatt aber die Markten an verschiedenen Stellen der Stadt zur Ausgabe gelangen zu lassen, hat man nur eine einzige Stelle im Rathaus hierfür geschaffen. Und obwohl der Andrang vor dem Rathaus von Tag zu Tag stärker wurde, schien man auf dem Rathaus für die Zustände keinerlei Rücksicht zu haben. Am Mittwoch entstand nun vor dem Rathaus abermals ein fürchterliches Gedränge. Viele Frauen, die in dem Menschenhaufen eingeklemmt waren, schrien und wurden halb oder ganz ohnmächtig. Männer und Frauen überlebten ein hohes Gitter, um sich zu retten, wobei viele Frauen Schwere davontrugen. Noch härter war das Gesehe und Gedränge, als durch eine Tafel bekanntgegeben wurde, daß keine Fleischmarken mehr ausgegeben würden. Unter Hannoverischen Parteiführer berichtet hierüber: „Wilde Hufe, ein noch verstärkter Druck, ein unbegreifliches Gesehe; und trotz aller Anstrengungen zweier, ihrer letzten Kräfte einbrechenden Mannstern gelang es nach etwa 1000 Menschen, meist Frauen, unter lautem Schreien in das Rathaus dranzubringen. Einige hundert Frauen blieben in der Kuppelhalle, brachen alle paar Minuten einmündig abwärts in laute Aufe nach Einführung von Fleischmarken aus. Die anderen aber liefen in größeren Trüppchen über den Vorplatz, von Amtsstelle zu Amtsstelle, um den Stadtdirektor oder den Senator Bauer zu finden. Erst gegen 1/2 Uhr vor es den Schutzmannschaften gelungen, das Rathaus und den Platz vor dem Rathaus langsam freizumachen.“ — Offenlich geht, so sagt unser dortiges Parteiführer, nicht der millionenfache Teil von den Verwundungen in Erfüllung, die in diesen Stunden gegen die für die Hannoverische Lebensmittelverteilungsmittel Verantwortlichen in solcher Verwundung ausgeführt wurden.

Das Bild des gnädigen Herrn.

Ein Bauer aus der Gegend von Wübbdorf schreibt dem Frankfurter Bauer (Nr. 6):

„Ich habe im Jahre 1915 meinen Aeselen lassen lassen. Aber das Bild des Barons Michel, Schloss Hülshagen, trägt ich zur Erinnerung bei. Meine Freizeitszeit 1914 und 1915! Aufgehoben haben enorme Wübbdörfer, der Hagen, Heisen, Voller, Grotte, rechte ich bei meinen 10 Tagern Getreidebrot von jeder Sorte mindestens 5 Zentner Getreidebrot. Zur Kriegszeit wurde ich jedoch man sein Döner bringen und besonders im Brotgetreidebau kein Ausverbleiben lassen. Aber das Bild dort ungenügend ganze Salen erbrachten, und strahlend zurande liefen. Auf Hunderten von Tagern Wübbdörfer, das unter Fruchtbareit, auf denen ich Hunderten das liebe tägliche Brot gebaut wurde, steht jetzt ein gar mächtiges Döner neu gepflanzter Waldungen, von Salen, Heide, Salanen des Herrn Baron in großen Wübbeln herauszuführen. All das muß man gutmütig hinnehmen, denn es dreht sich um einen gnädigen Herrn.“

Amliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Zimmern a. N. Sonnabend, den 12. Februar: Riemlich trübe, mild, geistreiche Regen.

Verantwortlich für: Politik und Parteipolitischen Paul Baum; Internationales, Gewerkschaftliches und Arbeiter Rat; Halle und Gesehe; und aus der Provinz Wilhelm Rosen; Angen Bild ein Berlin; Gesehe; Gesehe G. m. b. H. — Druck: Selbstverlag des Verlegers Paul Baum, G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Wer sparen will!

trägt die unüberwundene, kalt abmachbare Hosen-Danzmische Marke „J“. Verkaufsstelle: C. Klappensch, Gr Ulrichstr. 41

Konfirmanten-Hüte

in unserer bekannt guten, eigenen Anfertigung stellen wir in denkbar grosser Auswahl zu folgenden Preisen zum Verkauf:

Mk. 14 18 22 26 30 34 38 44 48

Konfirmanten-Hüte, Krawatten, Handschuhe usw.

Enepods & Dunker

Halle a. S.

George Ulrichstrasse 19 — Ecke Bühlbergasse.

Kriegsprofit am Zucker.

In der Zuckerindustrie während des Krieges wird im zweiten Jahrzehnt der Weltkriege ein gewaltiges Verarbeiten von Zucker in Deutschland vor sich gegangen. Die Zuckerindustrie in Deutschland war das größte Zuckerproduktionsland der Welt. Im Jahre 1913 wurden etwa 12 Millionen Zentner Zucker mehr zur Verfügung, als es zur Verfertigung seiner Bevölkerung benötigte.

Als durch den Krieg die internationalen Handelsbeziehungen abgebrochen wurden, mußte für alle anderen Lebensmittel (mit Ausnahme der Kartoffeln) Knappheit und Inflation eintreten, für den Zucker aber Hebel und damit Geldbrunn zu bedeuten. Wenigstens wenn dem natürlichen Spiel der Kräfte freier Kauf gelassen wurde. Nach dem Geleise von Angebot und Nachfrage hätte der Zucker während des Krieges ein Vielfaches billiger als zu Friedenszeiten sein müssen.

Die Zuckerindustrie mußte sich aber ohne Staatseingriff der Zentner Zucker auf 5 bis 6 Mark verkaufen lassen.

Aber der Staat griff ein. Nicht, wie bei vielen anderen Gegenständen, zugunsten der Konsumenten, sondern hier ausschließlich zugunsten der Produzenten. Der Staat erzwang mit dieser Maßregel eine Weiche anderer; die den natürlichen Preis im freien Wettbewerb, in eine künstliche Preisobergrenze umwandeln.

Die Ausfuhr von Zucker wurde entgegen dem Grundgesetz, wonach sich keine Ausfuhr während des Krieges möglich machen sollte, durch Zufuhr von Zucker aus dem Ausland ermöglicht. Für das Ausland wurde eine Zuckersperre eingeführt, die den Preis für den Zucker nur allmählich in kleinen Portionen an den Markt gelangen zu lassen. Verringerung also des Angebots, das zeitweilig der Nachfrage nicht genügte, wodurch Zuckersperren entstanden und die Preise hinaufschossen. Bis zum Jahre 1915 ergab die Regierung beträchtliche Mengen Zucker frei, unter Ermächtigung der Zuckerfabrik von 14 auf 20 Millionen Zentner für die Zuckerfabrik für die noch größeren Zuckermengen, die für den Zuckermarkt zur Verfügung gestellt wurden. Von Anfang an wurden die sogenannten Zuckersperren eingeführt. Der Preis für Zucker steigerte sich automatisch im Monat auf 12 Mark im Juli.

Was natürlich den höchsten Preis für die Zuckerfabrik und Zuckerhändler enthielt, mit ihren Vorkäufen möglichst zu erhöhen. Bedeutete doch jeder Monat späteren Verkauf einen höheren Gewinn.

Alle diese Maßnahmen zugunsten der Produzenten schienen natürlich zu sein. Die Zuckerindustrie war ein wichtiger Teil der Wirtschaft. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler. Die Zuckerindustrie lieferte den Rohstoff für die Zuckerfabrik und die Zuckerhändler.

Erst dann hand der Befähigung nicht mehr im Wege. Die Genossen fungieren als Arbeitgeber an anderer und flinker Stelle als Vertreter des Bürgermeisters, während ein nach ihnen gewählter bürgerlicher Gewerkschaftsvertreter bereits an — dritte Stelle gestellt worden ist.

Am Verlag von J. A. B. Dieb Nachf., G. m. b. H. in Stuttgart ist zu haben: Die vereinigten Staaten Mittel- und Südamerikas. Die Vereinigten Staaten Mittel- und Südamerikas. Die Vereinigten Staaten Mittel- und Südamerikas.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Februar 1916.

Kriegsleben der Gewerkschaften.

Tätigkeit des Gewerkschafts-Kartells 1915.

Der Vorstand des Hallischen Gewerkschaftskartells hat seinen Bericht über das Jahr 1915 der geistigen Kartellversammlung gebracht. Wie entnehmen daraus folgende besonders bemerkenswerte Angaben:

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung fand im Jahresablauf im Zeichen und Range des Krieges, der alle Vorkämpfer leitete und lenkte. Seine Niederbrüche und lähmende Wirkung erschrak sich auf alle Kreise ihrer Betätigung. Die Mitgliederbestände sanken weiter infolge der umfangreichen Einberufungen zum Wehrdienst. Von den über 19 500 Mitgliedern am Schluß des Jahres 1913 und 11 500 am Schluß des Jahres 1914 waren nur noch 7100 am Schluß des Jahres 1915 vorhanden. Einige Gewerkschaften büßten mehr als zwei Drittel ihrer aktiven Mitglieder ein.

Die Verwaltungsgänge vieler Gewerkschaften verloren ihre besten Arbeitskräfte und einige Gewerkschaftsbüros wurden geschlossen und die Arbeiten wurden in den Abendstunden nur neben- und ehrenamtlich verrichtet.

Unter diesen Umständen mußten alle größeren sonst genutzten Versammlungen und Unternehmungen unterbleiben. Der Verband neuer Mitglieder waren eng zusammen gezogen; die Abhaltung von Versammlungen aller Art mußte auf das Nötigste beschränkt werden. Schließlich litten auch die Lohnbewegungen darunter. Die Einnahme an Mitgliederbeiträgen bei allen Gewerkschaften, die im Jahre 1913 noch 175 450 M. und im Vorjahre 460 000 M. betrug, verminderte sich auf 250 000 M. Die Vermögensbestände der Kartellstellen verminderten sich in derselben Folge von 92 249 auf 56 000 und 40 000 M. Die Gesamteinnahmen aller Gewerkschaften verminderten sich von 675 782 M. im Jahre 1913 auf 610 090 M. im Jahre 1914 und 522 000 M. im Berichtsjahre. Die Gewerkschaftsübernahmen waren infolgedessen auch gegenüber den Behörden an Unterstellungen einzufachen. Immerhin wurden für diese noch rund 125 000 M. ausgegeben. Die Kranken- und Alterslohn-Versicherung trat sehr in den Vordergrund, dagegen wurden mehrfach erhebliche Unterstützungen für die Familien der zum Wehrdienst eingezogenen Mitglieder gewährt. Einzelne Gewerkschaften leisteten auch in dieser Hinsicht einen ganz hervorragenden. Die Einnahmen des Gewerkschaftskartells als solches gingen auf rund die Hälfte der vorjährigen zurück. Die mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung stehenden Einrichtungen litten unter derselben, durch den Kriegszustand hervorgerufenen Krise. Nur bei dem Zentralbibliothek der Kartellstellen zeigte sich eine fast gleichzeitige anspruchsvolle, aber befriedigende, wie auf etwa 1200 geringer als im Vorjahre. Namentlich die Kriegsfürsorge lieferte viel Streiflicht. Die Benutzung der Zentralbibliothek verminderte sich ganz erheblich; auch in der Jugendbewegung trat eine Schwächung ein.

Der Bestand an angehörigen Organisationen hat sich um etwa 30 Prozent vermindert. Anfolge der durch die Kriegswirungen herbeigeführten Verminderung der Mitgliederzahl haben sich die Krisenverwaltungen der Glasarbeiter, Barbier und Gärtner aufgelöst.

Das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seinen sieben Gesamtsitzungen mit einer Reihe sehr einschneidender Fragen. Die wichtigsten waren: Die Stellung des Kartells gegenüber dem Staat. Es trat ein Einverständnis für die Kriegsbefähigten, das Vorgehen für die Erhöhung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer, die Behandlung der Verbesserung der städtischen Arbeitslosenfürsorge und die Förderung der Erziehung von Kriegswaisenkindern. Außerdem wurde die Stellungnahme zum Wehrdienst und zur Kriegszustand, vertriebenen Kriegsflüchtlingen, der Errichtung der Zentralauskunftstelle für die Arbeitsvermittlung und verschiedenen anderen sozialen Fragen.

In dem gedruckt vorliegenden Bericht des Kartellvorstandes sind außerdem noch interessante Angaben über die Kampfergebnisse, Lohnbewegungen, die Unterstützungen für einzelne Gewerkschaften, die in der Kriegszeit durch die Kartellverwaltung, vertriebenen Kriegsflüchtlingen, der Errichtung der Zentralauskunftstelle für die Arbeitsvermittlung und verschiedenen anderen sozialen Fragen.

Über den Einfluß des Krieges auf die Mitgliederzahlen berichteten wir verschiedentlich. Am 5. Februar 1915 beschloß die Kartellversammlung, eine regelmäßig monatliche Statistik über die Zahl der zum Kartell gehörenden Mitglieder zu führen. Diese Statistik wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1915 durchgeführt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1915 19 500, am 1. Februar 1915 18 500, am 1. März 1915 17 500, am 1. April 1915 16 500, am 1. Mai 1915 15 500, am 1. Juni 1915 14 500, am 1. Juli 1915 13 500, am 1. August 1915 12 500, am 1. September 1915 11 500, am 1. Oktober 1915 10 500, am 1. November 1915 9 500, am 1. Dezember 1915 8 500.

Die Frage drängt sich für den städtischen Kartellvorstand immer wieder auf, wenn man den gewaltigen Aufschwung der Kartellstelle in der Kartellstatistik nach dem Jahre 1913 betrachtet. Auch heute morgen fanden schon vor 5 Uhr gewaltige Menschenmengen vor dem Kartellvorstand. Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht. Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht.

Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht. Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 11. Februar 1916.

Kriegsleben der Gewerkschaften.

Tätigkeit des Gewerkschafts-Kartells 1915.

Der Vorstand des Hallischen Gewerkschaftskartells hat seinen Bericht über das Jahr 1915 der geistigen Kartellversammlung gebracht. Wie entnehmen daraus folgende besonders bemerkenswerte Angaben:

Die gesamte Gewerkschaftsbewegung fand im Jahresablauf im Zeichen und Range des Krieges, der alle Vorkämpfer leitete und lenkte. Seine Niederbrüche und lähmende Wirkung erschrak sich auf alle Kreise ihrer Betätigung. Die Mitgliederbestände sanken weiter infolge der umfangreichen Einberufungen zum Wehrdienst. Von den über 19 500 Mitgliedern am Schluß des Jahres 1913 und 11 500 am Schluß des Jahres 1914 waren nur noch 7100 am Schluß des Jahres 1915 vorhanden. Einige Gewerkschaften büßten mehr als zwei Drittel ihrer aktiven Mitglieder ein.

Die Verwaltungsgänge vieler Gewerkschaften verloren ihre besten Arbeitskräfte und einige Gewerkschaftsbüros wurden geschlossen und die Arbeiten wurden in den Abendstunden nur neben- und ehrenamtlich verrichtet.

Unter diesen Umständen mußten alle größeren sonst genutzten Versammlungen und Unternehmungen unterbleiben. Der Verband neuer Mitglieder waren eng zusammen gezogen; die Abhaltung von Versammlungen aller Art mußte auf das Nötigste beschränkt werden. Schließlich litten auch die Lohnbewegungen darunter. Die Einnahme an Mitgliederbeiträgen bei allen Gewerkschaften, die im Jahre 1913 noch 175 450 M. und im Vorjahre 460 000 M. betrug, verminderte sich auf 250 000 M. Die Vermögensbestände der Kartellstellen verminderten sich in derselben Folge von 92 249 auf 56 000 und 40 000 M. Die Gesamteinnahmen aller Gewerkschaften verminderten sich von 675 782 M. im Jahre 1913 auf 610 090 M. im Jahre 1914 und 522 000 M. im Berichtsjahre. Die Gewerkschaftsübernahmen waren infolgedessen auch gegenüber den Behörden an Unterstellungen einzufachen. Immerhin wurden für diese noch rund 125 000 M. ausgegeben. Die Kranken- und Alterslohn-Versicherung trat sehr in den Vordergrund, dagegen wurden mehrfach erhebliche Unterstützungen für die Familien der zum Wehrdienst eingezogenen Mitglieder gewährt. Einzelne Gewerkschaften leisteten auch in dieser Hinsicht einen ganz hervorragenden. Die Einnahmen des Gewerkschaftskartells als solches gingen auf rund die Hälfte der vorjährigen zurück. Die mit dem Gewerkschaftskartell in Verbindung stehenden Einrichtungen litten unter derselben, durch den Kriegszustand hervorgerufenen Krise. Nur bei dem Zentralbibliothek der Kartellstellen zeigte sich eine fast gleichzeitige anspruchsvolle, aber befriedigende, wie auf etwa 1200 geringer als im Vorjahre. Namentlich die Kriegsfürsorge lieferte viel Streiflicht. Die Benutzung der Zentralbibliothek verminderte sich ganz erheblich; auch in der Jugendbewegung trat eine Schwächung ein.

Der Bestand an angehörigen Organisationen hat sich um etwa 30 Prozent vermindert. Anfolge der durch die Kriegswirungen herbeigeführten Verminderung der Mitgliederzahl haben sich die Krisenverwaltungen der Glasarbeiter, Barbier und Gärtner aufgelöst.

Das Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seinen sieben Gesamtsitzungen mit einer Reihe sehr einschneidender Fragen. Die wichtigsten waren: Die Stellung des Kartells gegenüber dem Staat. Es trat ein Einverständnis für die Kriegsbefähigten, das Vorgehen für die Erhöhung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer, die Behandlung der Verbesserung der städtischen Arbeitslosenfürsorge und die Förderung der Erziehung von Kriegswaisenkindern. Außerdem wurde die Stellungnahme zum Wehrdienst und zur Kriegszustand, vertriebenen Kriegsflüchtlingen, der Errichtung der Zentralauskunftstelle für die Arbeitsvermittlung und verschiedenen anderen sozialen Fragen.

In dem gedruckt vorliegenden Bericht des Kartellvorstandes sind außerdem noch interessante Angaben über die Kampfergebnisse, Lohnbewegungen, die Unterstützungen für einzelne Gewerkschaften, die in der Kriegszeit durch die Kartellverwaltung, vertriebenen Kriegsflüchtlingen, der Errichtung der Zentralauskunftstelle für die Arbeitsvermittlung und verschiedenen anderen sozialen Fragen.

Über den Einfluß des Krieges auf die Mitgliederzahlen berichteten wir verschiedentlich. Am 5. Februar 1915 beschloß die Kartellversammlung, eine regelmäßig monatliche Statistik über die Zahl der zum Kartell gehörenden Mitglieder zu führen. Diese Statistik wurde in der ersten Hälfte des Jahres 1915 durchgeführt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1915 19 500, am 1. Februar 1915 18 500, am 1. März 1915 17 500, am 1. April 1915 16 500, am 1. Mai 1915 15 500, am 1. Juni 1915 14 500, am 1. Juli 1915 13 500, am 1. August 1915 12 500, am 1. September 1915 11 500, am 1. Oktober 1915 10 500, am 1. November 1915 9 500, am 1. Dezember 1915 8 500.

Die Frage drängt sich für den städtischen Kartellvorstand immer wieder auf, wenn man den gewaltigen Aufschwung der Kartellstelle in der Kartellstatistik nach dem Jahre 1913 betrachtet. Auch heute morgen fanden schon vor 5 Uhr gewaltige Menschenmengen vor dem Kartellvorstand. Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht. Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht.

Ein sozialistischer, trüber Vergleich.

Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht. Die Kartellstelle hat sich in der letzten Zeit sehr erfolgreich um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bemüht.

